

Das große Aufräumen, oder: New York als Modell?

Heinz Steinert



*Vorbild New York: Deutsche Polizeichefs pilgern scharenweise in die US-Metropole um zu erfahren, was zu tun ist, wenn man mit allem Bösen und Schlechten aufräumen möchte. Auf der Suche nach Methoden gegen die Kriminalität plädieren mittlerweile beinahe alle Parteien für größere Härte – auch die Sozialdemokraten.
Motto:
Der nächste Wahlkampf kommt bestimmt ...*

Aufräumen wie in New York« wurde vom »Spiegel« (7.7.97) zum optimalen Sommerloch-Füller der Saison 1997 gemacht. Zugleich war der Aufmacher eine Übernahme von Themen aus dem New Yorker Wahlkampf Mayor Giuliani in den Hamburger Wahlkampf von Bürgermeister Voscherau – beide begabte Populisten. Die anderen Populisten konnten da nicht zurückstehen: Der Kanzlerkandidatur-Aspirant Schröder hat das mit einer Äußerung über Ausländer-Kriminalität noch zu übertrumpfen versucht. Und der Bundesinnenminister hat Städten, die mit »Aufräumen wie in New York« experimentieren möchten, dafür personelle Unterstützung durch den Bundesgrenzschutz angeboten. Es wurde uns mit dieser Bundestags-Wahlkampf-Eröffnung angekündigt, was wir bis zum Herbst 98 in Deutschland zu diskutieren haben werden, wenn wir nicht klugerweise in diesem Jahr unseren Medienkonsum auf alte Hollywood-Filme, italienische Opern und Musikvideos begrenzen.

Das neue Element, das damit in den einheimischen kriminalpolitischen Stammtisch – der vom Büdchen am Eck bis ins Parlament reicht – gekommen ist, besteht in der Suggestion eines neuen Instruments, das man fordern kann: Man braucht nicht mehr, für alle Beteiligten sichtbar hilflos, nach schärferen Gesetzen und strengeren Strafen rufen. Vielmehr kann man jetzt unmittelbares Durchgreifen der Polizei auf die leicht erreichbaren und schon lange ärgerlichen »unordentlichen Personen« verlangen, die sich in den Innenstädten freiwillig besagtem Durchgriff anbieten, und das als Schutz der Bevölkerung vor Kriminalität verkaufen.

Der kriminalpolitische Stammtisch fragt sich natürlich nicht, ob es vielleicht gute Gründe gibt, warum die Polizei das nicht schon längst tut, warum auch jetzt die meisten befragten Polizei-Chefs eher vorsichtig-abwehrend auf die Frage reagiert haben, ob »Aufräumen wie in New York« nicht auch hierzulande angesagt wäre. Der Wiener Polizeipräsident hat das schöne Bild verwendet, daß man – die drastischen Unterschiede in den Anzeigen-Ziffern bedenkend – doch nicht bei Sonnenschein den Regenschirm aufspanne, weil es anderswo regnet. Es wird auch nicht gefragt, warum die New Yorker Polizei nicht immer so agiert hat, sondern erst auf ziemlich rabiate Weise dazu gebracht werden mußte, das zu tun, und warum dieses Programm dann durchsetzbar war. Jenseits des Stammtisches, wo es ernsthaft um Politik gehen könnte und nicht nur um große Gesten, sollten solche Fragen aber füglich im Vordergrund stehen.

Zum Ablauf des Ereignisses: das Kunststück einer Organisationsreform in der Polizei

Vielleicht sollten wir kurz die Chronologie rekapitulieren: 1990, damals war noch der Liberale (und Schwarze) David Dinkins Bürgermeister von New York, wurde William Bratton Chef der New York Transit Police und begann sein »Aufräumen« in der U-Bahn. Dort gab es tatsächlich einiges zu tun, weil sie zum Wohn- und Arbeitsort von Obdachlosen, Drogenabhängigen und ihren Lieferanten, von Bettlern, Musikern, Klein-Glückspielern u.ä.m. geworden war, dazwischen tummelte sich auch noch die Szene der Sprayer – die Röhren im Untergrund als Lebensort für einen sozialen Untergrund nicht sehr respektabler Art, der sich zu den dort vorfindbaren Ressourcen und in diesen relativ überwachten Raum zurückgezogen hatte.¹

Die weniger angesehene Transit Police ließ sich durch zahlenmäßige Verstärkung, Ermutigung und ein Programm relativ leicht zu energischer Arbeit motivieren. Dabei wurde auch die »Entdeckung« gemacht (tatsächlich eine alte Polizei- und Justizweisheit), daß man alle möglichen Verwaltungsbestimmungen einsetzen kann, um die Leute zumindest zu belästigen, die man vertreiben will, daß man nicht das Verhalten sanktionieren können muß, das einem tatsächlich lästig ist, sondern irgendwelche brauchbaren Bestimmungen hervorzieht, mit denen man (zunächst) Erfolg hat. Es ist auch in vielen Fällen nicht nötig, daß man später vor Gericht »durchkommt«, wenn die Vertreibung und Beschlagnahmung zunächst unmittelbar einschüchternd gewirkt hat.

Die Obdachlosen und die Drogenszene hatten, wenn man so will, mit diesem Rückzug in die Subway einen schweren politischen Fehler gemacht: Anders als in Parks und auf Plätzen gingen sie in der Enge und Unausweichbarkeit der U-Bahn einander und allen anderen mehr auf die Nerven und sie fanden zugleich keine »liberale Öffentlichkeit« mehr, die ihr »Abgeräumtwerden« skandalisieren würde. Als die Obdachlosensiedlung im Tomkins Square Park aufgelöst wurde, gab es heftige Polizeischimpfungen, und die ganze Stadt sah per TV zu. Die Räumungen in der U-Bahn wurden zunächst weitgehend unbeobachtet und ohne Skandal durchgezogen. Alle waren froh, daß dieses unersetzbare New Yorker Verkehrsmittel auch ohne Elendsbesichtigung und Abenteuerbereitschaft wieder benützbar wurde. Obdachlosigkeit und Drogenelend wurden anderswohin verlagert.

William Bratton wurde 1994 zur Belohnung Polizeipräsident, nachdem Law-&-order-Giuliani die Bürgermeisterwahl gewonnen hatte. Beides geschah zu einem Zeitpunkt, als die Anzeigenziffern in New York schon zu sinken begonnen hatten. In der Stadt hatte Bratton ein ganz anderes Problem als in der Subway: eine als untätig, heruntergekommen, brutal und korrupt verschriene Polizeimacht, die sich von irgendwelchen zentralen Direktiven sicher nicht sonderlich beeindruckt ließ. Mayor Dinkins hatte seit 1992 die Korruption im NYPD von einer Kommission unter dem Vorsitz des Richters Mollen untersuchen lassen. Der Mollen-Bericht von 1994 läßt wenig Zweifel am damaligen zerrütteten Zustand der New Yorker Polizei. Bratton konnte mit seinen Reformen auf diesem Bericht und auf dem Druck, unter dem die Polizei dadurch war, aufbauen. Zugleich muß es da einen starken Kern an reformwilligen Leuten, also einiges an interner Spaltung und an Konflikt gegeben haben.

Beides zusammen, Diskreditierung und Reformfraktion, dazu politische Unterstützung und ein Dienstrecht, das Entlassungen immerhin möglich macht, erlaubte ihm eine Organisations-Reform mit *Dezentralisierung der Verantwortung und Zentralisierung der Kontrolle* als den entscheidenden Elementen. Es wurde in kurzer Zeit das computerisierte zentrale Statistik-System CompStat, eine wöchentlich aktualisierte und regionalisierte Anzeigen-Statistik, aufgebaut und zur Messung der lokalen Erfolge bei der Kriminalitätsbekämpfung verwendet. Den lokalen Einheiten der Polizei, den 76 Precincts, wurde mehr Autonomie und die Verantwortung für den so meßbar gewordenen Erfolg gegeben. »Verantwortung« ist hier sehr handfest gemeint: Bratton hat in seinen zwei Jahren als Polizeipräsident mehr als die Hälfte der Precinct-Commander ausgewechselt. Die Rezepte des Community-Policing wurden als Technik und Ressource angeboten, um die hochgezogenen Anforderungen in Aktivität umsetzen zu können. Sie mußten aus Mangel an Alternativen einfach angenommen werden.

»Hinter dieser Geschichte einer Polizeireform steht die Geschichte einer Aufrüstung des staatlichen Strafens in den USA«

»Die Einsperrung konzentriert sich auf Männer, auf junge Männer, auf junge Männer der Unterschicht, auf junge farbige, besonders schwarze Unterschicht-Männer«

Tatsächlich ist also das Beispiel New York noch viel radikaler als es aussieht: Es ist eine Umwälzung der Organisation, bekanntlich das Schwierigste und Unwahrscheinlichste, das einer Verwaltung zustoßen kann.

Die Fortsetzung der Geschichte besteht darin, daß Bratton selbst nur diesen Umschwung in der Organisation einleiten konnte und bereits 1996 abgelöst wurde, weil er Giuliani durch hemmungslose Öffentlichkeitsarbeit und damit wachsende Popularität politisch zu gefährlich wurde. Er hatte also de facto wie ein Betriebsberater interveniert und darauf hat er sich konsequenterweise anschließend verlegt: Er verkauft jetzt Organisationsberatung an die Polizei und verdient sich damit in seiner Firma »First Security Consulting Inc.« eine goldene Nase.

Der Hintergrund: ein Großexperiment in Masseneinsperrung

Hinter dieser Geschichte einer Polizeireform steht die Geschichte einer Aufrüstung des staatlichen Strafens in den USA, die ähnlich einmalig ist und fünfzehn Jahre früher begann: mit der Westernhelden-Kriminalpolitik des Ronald Reagan und besonders dem von ihm 1986 initiierten »War on Drugs«. Dieser Krieg bestand hauptsächlich in einem enormen Hochziehen der Zahl von Einsperrungen. Erreicht wurde das mit dem simplen Mittel der Verhinderung von richterlicher »Milde« durch (ziemlich hohe) untere Minimalstrafgrenzen und schematisierte Straftabellen (nach der Philosophie von »just deserts«) sowie Strafverschärfungen bei Rückfall (nach der Philosophie von »incapacitation«) bis hin zu den berühmten »Three strikes – you're out«-Bestimmungen (bei der dritten Verurteilung ist unabhängig vom Delikt »lebenslanglich« möglich oder sogar zwingend) in manchen Staaten. Innerhalb von zehn Jahren hat sich mit dieser Politik die Einsperrungsrate in den USA von einem ohnehin schon hohen Niveau vervielfacht. Sie hat jetzt eine Höhe (550/100.000), die der ehemaligen Sowjetunion entspricht und das Fünf- bis Zehnfache dessen ist, was zivilisiertere Länder aufweisen. Der Norwegische Kriminologe Nils Christie fragt sich, ob man eine so horrende Einsperrung nicht allmählich als »GULAG Western Style« ansprechen muß.²

Dieser enorme Ausbau der Gefängnisse war nur möglich, indem eine private Sicherheits-Industrie staatlich alimentiert hochgezogen wurde. Der Gefängnisbau wurde von privaten Firmen forciert, die jedem Bürgermeister im mittleren Westen den kostengünstigen Bau und Betrieb eines Gefängnisses anboten und ihm entsprechende Arbeitsplätze in der Gemeinde versprochen. Auch sonst, im Bereich von Schließanlagen, Fenstergittern und Auto-Alarmanlagen, im Geschäfts- und Wohnbereich auch als engagierte Wachleute zwischen door-men, die noch Dienstboten-Livréen tragen, Rausschmeißern an den Türen von Kaufhäusern, die Phantasie-Polizeiuniformen zeigen, und zivilen Detektiven, Bodyguards und Streifen hat diese Industrie expandiert wie wenig andere Branchen.³ Die Werbung dieser Sicherheitsindustrie kann wie die von Versicherungen nur darin bestehen, die Wahrscheinlichkeit von Vorfällen, die es zu verhindern oder in ihren Folgen zu kompensieren gilt, möglichst hoch erscheinen zu lassen. Dazu ist hier ein Arbeitsmarkt-Sektor von beachtlicher Größe und daher politischem Gewicht entstanden. Der Sicherheits-Gefängnis-Industrie-Komplex ist wie alle Industrien auf Wachstum aus und in den USA nicht mehr leicht zurückzustutzen.⁴

Diese enorme Einsperrung konzentriert sich auch sozial: auf Männer, auf junge Männer, auf junge Männer der Unterschicht, auf junge farbige, besonders schwarze Unterschicht-Männer. Man kann aus den Statistiken hochrechnen, daß in dieser letzten Gruppe zu jeder Zeit die Hälfte unter irgendeiner Form von Justizaufsicht sein muß. Über die zehn Jahre des Lebenslaufs gerechnet, die man mindestens zu dieser Risikogruppe gehört, wenn man die anderen Merkmale trägt, muß es praktisch jeden wenigstens einmal treffen, sogar der Gefängnisaufenthalt noch jeden zweiten.⁵ Die USA sind in nur einer Dekade von einem immer schon harten und bedrohlichen (man soll dabei auch die Todesstrafe nicht vergessen) zu einem Einsperrungs-Staat geworden, und das vor allem für die farbige Unterschicht. Bei einem ähnlichen Umschwung der Politik in Deutschland würden die internationalen Kommentatoren sicher an die Zeit der Nazi-Herrschaft erinnern.

Das Ende der Scham der Reichen und der Umbau der städtischen Ghettos

Auf diesem Hintergrund ist die Polizeireform des William Bratton eine relativ späte Erscheinungsform in der Politik der radikalen Ausschließung, die Teil des Regimes von »Reaganomics« war: staatliche Umverteilung von unten nach oben, staatliches Eröffnen von privaten Gewinn-Möglichkeiten, Ausgrenzen der »Überflüssigen«. Was zuerst in Strafzumessung und Ausbau der Einsperrungen begonnen wurde, hat Bratton in der Polizei fortgesetzt. Howard Safir, sein Nachfolger (vorher leitete er die Feuerwehr), spricht es mit aller wünschenswerten Deutlichkeit aus: »Verbrechen beugt man am besten vor, indem man die Leute, die Verbrechen verüben, von den Straßen entfernt.« Das ist eine begrenzte Gruppe, »und die muß man verfolgen, verhaften und so lange wegsperren wie möglich.« (Spiegel 29/97, S. 130) An dieser Polizeiphilosophie ist wirklich nichts neu, außer daß die Skrupel gegenüber dem massenhaften Einsperren aufgegeben wurden. Und das hat nicht die Polizei getan, sondern die US-Gesetzgebung und Justiz. Die Polizei des Chief Safir tut in ihrem Bereich nur, was zuerst in denen von Justiz und Strafvollzug vorgegeben wurde. Sie jagt immer noch Verbrecher, nur hat sie die Schwelle radikal gesenkt: Schwarzfahren genügt.

Das neue Element an dieser Polizeioffensive im Vergleich zu Sicherheitstechnik und Bewachung von Häusern, Wohnungen, Automobilen und Personen ist ein anderes: Nicht mehr Reichen-Ghettos werden hergestellt (denn das bedeuten alle die Selbstverteidigungs-Maßnahmen auch, daß man sich am Schluß hinter den eigenen Schutzmauern eingeschlossen findet), sondern Armen-Ghettos, indem die »unordentlichen Gestalten« aus den Gegenden vertrieben werden, in denen sich die ordentlichen Bürger und das ordentliche Geschäftsleben (z.B. Disney in der Times Square-Gegend) aufhalten wollen.

Rückblickend erkennen wir etwas wie Scham und Schuld der relativ Wohlhabenden gegenüber der Armut und dem Elend in den weniger glücklichen Teilen der Gesellschaft. Auf diesem Klavier von sozialen Gefühlen haben die Bettler, Penner und Junkies gespielt, die ihren desolaten Zustand genau in den Gegenden der »ordentlichen Leute« zur Schau stellten: Sie haben uns, soweit wir ihnen nicht in weitem Bogen ausweichen konnten, den Freikauf von jenen Gefühlen von Scham und Schuld ermöglicht bis abgefordert. Noch im einfachen Straßenraub, dem »mugging«, der in vielen Fällen

als »forciertes Betteln« erlebt werden konnte und der nur im Fall von Komplikationen (Demütigungen, Männlichkeitskontesten, Verletzungen, zu großer Summe, Verlust von Dokumenten) angezeigt wurde, hat diese Dynamik eine Rolle gespielt: Der »liberale« (relativ) Reiche hat sich mit dem Ausliefern seiner Brieftasche vom möglichen Zorn der Benachteiligten freizukaufen versucht.⁶

Das hat sich geändert: Wir schämen uns nicht mehr, haben gelernt, die Armen als »Versager« zu verachten, und fürchten uns auch nicht mehr vor ihrem organisierten Zorn, zumindest nicht sehr. Wir haben gelernt, daß man sie sehr wohl polizeilich niederhalten lassen kann, daß sich selbst ihre Aufstände, die sich in den USA, zuletzt in Los Angeles 1990 nach dem Rodney King-Vorfall, oft an Polizei-Brutalität entzündet haben, ohnehin unmittelbar an benachbarten Minoritäten (z.B. den Koreanischen Geschäftsleuten) austoben – und politisch kommt man auch ohne ihre Stimmen durch, wenn man dafür die des weißen »middle America« bekommt.

Armut ist zu einer Schande geworden und hat als »verschämte Armut« aufzutreten. Daher sind wir auch nicht länger bereit, das »unverschämte Elend« in unseren guten Wohn- und besonders Geschäfts-Gegenden zu tolerieren. Mit »Aufräumen wie in New York« wird es aus dem Blickfeld vertrieben. Die Erleichterung ist groß.

In »guten Gegenden« sorgt »Community policing« für die bessere räumliche Trennung der beiden Teile unserer Zwei-Drittel-Gesellschaft und weitet den Verfügungsraum des oberen Teils aus.

»Community policing« kann freilich eine andere Seite haben: Es könnte in »schlechten Gegenden«, in denen bekanntlich Solidarität nicht gerade leichter fällt als in bevorzugten sozialen Situationen und Konkurrenzen, oft handgreiflicher ausgetragen werden, für eine grundsätzliche »Befriedung« der Verkehrsformen sorgen. Ein Beispiel dafür ist der Nebeneffekt der Entwaffnung, der an der New Yorker Erfolgsgeschichte am plausibelsten klingt: Die jungen Leute, die häufig gefilzt werden, lassen ihre teuren illegalen Waffen zu Hause. Das ist besonders in den waffen-nährischen USA eine ungemein nützliche Annäherung an das europäische Ideal des Gewaltmonopols, das in den USA so nicht gilt. Ansonsten ist das Programm des aggressiven »Aufrollens« von Farbigen-Unterschicht-Gegenden durch die immer noch weit überwiegend weiße Polizei nachgerade eine Aufforderung zu Übergriffen, die erwartungsgemäß seit Bratton zunehmend beklagt werden und in wenigstens zwei besonders brutalen Fällen der jüngsten Zeit⁷ auch zu Demonstrationen und Unruhen geführt haben.

Auch in New York funktionieren – wenig überraschend – die beiden Seiten des »Community policing« unterschiedlich gut: Die »Säuberung« der wohlhabenden Gegenden gelingt unvergleichlich besser als die Befriedung der benachteiligten. Und wahrscheinlich gelingt das Programm am besten in Gegenden, die gerade saniert werden, dort allerdings sicher nicht durch Polizeitätigkeit allein, sondern wie üblich im Zusammenspiel von wirtschaftlicher Aufwertung, polizeilichem Drohen und sozialarbeiterischer Unterstützung.⁸

Die Folgerung: Sowas Schönes müssen wir auch haben – und warum die Dinge ein wenig komplizierter sind

So weit ist das alles nicht mehr als ein trauriges Kapitel in der Geschichte des ökonomischen und politischen Umbaus

der letzten 15-20 Jahre, der unter dem harmlos bis attraktiv klingenden Titel »Globalisierung« die europäischen Wohlfahrtsstaaten demontiert,⁹ die staatlichen Apparate entmacht und rein in den Dienst von Privatisierung und Konkurrenzförderung gestellt und die Gesellschaften gespalten hat. Die zugehörige Politik der inneren Sicherheit, die herkömmlich liberal mit einer Mischung von Drohen und Bestechen, Reduktion der Lebenschancen durch Strafen und Versuche zur Kompensation dieser Schäden durch Sozialarbeit, gearbeitet hat, geht zur einfachen sozialen Ausschließung über.

Dabei wäre das Programm der »Prävention durch Gemeinwesen-Arbeit«, wie sich »community policing« übersetzen läßt, ja nicht verkehrt, würde es sich darauf richten, Situationen möglichst gar nicht auftreten zu lassen, in denen problematische Handlungen und Konflikte wahrscheinlich sind, und konfliktregelnd mögliche Eskalationen rechtzeitig einzufangen. Darauf richtet sich bei uns die Arbeit von Präventionsräten, auf die gleich noch zurückzukommen sein wird. Das angeblich neue Polizeiprogramm aber richtet sich offen und ohne Skrupel gegen *Personen*: Es vertreibt die »unordentlichen Leute« aus der Gegend. Diese beiden entgegengesetzten Bedeutungen von »Prävention« zu unterscheiden, wird angesichts der Berufung des New Yorker Programms darauf ziemlich wichtig: Verhinderung von Situationen, um den Leuten Schwierigkeiten zu ersparen, vs. Abschaffung von Leuten, um schwierige Situationen zu verhindern.¹⁰

Natürlich wird auch bei uns diesseits solcher Unterscheidungen von Privaten (z.B. den Geschäftsleuten in den innerstädtischen Fußgängerzonen) wie von Politikern »Aufräumen wie in New York« gefordert. Vor allem tun das jetzt auch sozialdemokratische Politiker, die sich faul einreden, Law-&-order-Starksprüche, die nachzumachen ja nicht schwerfällt, seien das Geheimnis des Wahlerfolgs auch von New Labour – was vermutlich eine etwas verkürzte Sicht ist. Die Forderung und das Versprechen ist politisch so billig wie von aller Sachkenntnis unberührt. Tatsächlich ist das Beispiel New York sehr spezifisch und als Patentrezept ungeeignet:

1. Das New Yorker Beispiel setzt Zustände voraus, in denen das aggressive Vorführen von Elend an bestimmten Orten endemisch geworden ist und sich männlichkeitsbetonte »Szenen« festgesetzt haben. Das gibt es bei uns relativ selten und kaum auf längere Zeit. In der Wiener oder selbst der Frankfurter U-Bahn etwa gäbe es nichts »abzuräumen«, weil alles unglaublich clean und proper ist. Das Problem dort ist die Einsamkeit, nicht der Territorialkonflikt. An den überschaubaren Drogenszenen wird in Hamburg wie Frankfurt und wohl auch Berlin ohnehin schon unter solider Einbeziehung der Polizei in kommunale Programme erfolgreich (siehe das Sinken der Zahl von Drogentoten) gearbeitet. Gerade die Großstädte haben hier gegen die dogmatische Bonner Politik nützliche Vorgehensweisen entwickelt, die vom US-»War on Drugs« radikal verschieden sind. Ein plötzlicher Schwenk der Politik wäre hier völlig unsinnig.
2. Das New Yorker Beispiel ist eine radikale Polizeireform, die sich in Organisationen mit mehr Reformresistenz (die nicht so diskreditiert sind wie die Polizei in vielen Großstädten der USA und arbeitsrechtlich besser gesichert) kaum durchsetzen läßt. Schon in den USA ist das nicht immer gelungen. Der Mitarbeiter Brattons, Jack Maple, erzählt von dem analogen Versuch in New Orleans, wo der Ruf von Korruption auch hinreichend ge-

»Das New Yorker Beispiel setzt Zustände voraus, in denen das aggressive Vorführen von Elend an bestimmten Orten endemisch geworden ist«

»Armut ist zu einer Schande geworden. In New York wird sie aus dem Blickfeld vertrieben – und die Erleichterung ist groß«

ben, aber offenbar die Reformfraktion zu klein und schwach war. Entsprechend war vor allem die zentralisierte Statistik nicht durchzusetzen, und damit blieb auch die schöne Idee des Community-Policing wenig überzeugend.¹¹

Bei uns könnte angesichts von Kündigungsschutz und sonstiger gewerkschaftlicher Gegenmacht eine solche Reform nur in den Teilen erfolgen, die der Organisation nicht wehtun, also in Ermächtigungen für die Polizei, unordentliche Leute zu belästigen (die es gesetzlich ohnehin schon im Übermaß gibt, die aber praktisch von der Polizei nicht gerade mit Begeisterung eingesetzt werden).¹² Die zentrale Kontrolle durch CompStat wird sich am wenigsten durchsetzen und dank Kündigungs- und Versetzungsschutz zahnlos bleiben, wo es sie geben sollte. Eine laufende aktuelle Statistikführung, die für die Polizei nützlich wäre, könnte allenfalls per Technikbegeisterung und zunächst ohne offensichtliche Kontrollfunktion installiert werden.

3. Das Programm, wie es in New York vorexerziert wurde, setzt die rabiate Einsperrpolitik voraus, die es in Europa außerhalb der ehemaligen Sowjetunion nicht gibt und wohl auch – bei aller Ausschlussbereitschaft von Politik und Gesellschaft – diesseits von wirtschaftlichen und politischen Katastrophen nicht geben wird. Es verursacht damit Kosten, die so unsinnig hoch sind, daß sie bei uns untragbar wären. Wenn die staatlichen Sicherheitsausgaben höher werden als die Bildungsausgaben (wie es in Kalifornien inzwischen der Fall sein soll), führt sich diese Politik selbst ad absurdum.
4. Die Ermächtigung und Ermutigung der Polizei, sich aktiv einzumischen, muß in der Macho-Kultur mit dem Selbstbewußtsein einer Besatzungsarmee, wie sie sich schon aufgrund der ethnischen Zusammensetzung – weiße Polizei in Farbigen-Vierteln – in Städten wie New York ganz leicht ergibt, zu Übergriffen führen. Tatsächlich haben sich die Beschwerden über die Polizei seit Bratton verdoppelt, und es hat einige rassistische Ausfälle gegeben, die so skandalös sind, daß sie in Europa zum Minister-, wenn nicht Regierung-Rücktritt führen müßten.
5. Das USA-Beispiel ist auch auf dem Hintergrund eines sehr restriktiven bis nicht existenten Sozialstaats zu sehen. Auch hier gilt bei allen Tendenzen, den europäischen Sozialstaat abzubauen, daß es so kraß wie in den USA noch lange nicht werden wird, daß sich – und das ist es viel mehr, was den Erfolg von Blair und New Labour ausmacht – im Gegenteil die reine Konkurrenz- und Marktorientierung dort, wo sie, wie in Großbritannien, radikal durchgesetzt wurde, totgelaufen hat und sozial ausgleichende politische Gegensteuerung braucht. Es gibt bei uns nach wie vor die vielen sozialen Dienste und amtlichen Zuständigkeiten. Der Staat und die Kommunen sind hier in der Regulation von Problemen noch lange nicht auf die pure Polizeifunktion reduziert.¹³
6. Auf dieser Grundlage läuft bei uns bereits eine andere Präventionspolitik, die tatsächlich Gemeinwesenarbeit ermöglicht und in der verschiedene Verwaltungsstellen und die Polizei sich koordinieren. Es sind das Präventionsräte und problembezogene Koordinationsrunden, die auftretende Probleme nicht reflexhaft mit polizeilichen, sondern mit dem aufeinander abgestimmten Einsatz der verschiedenen staatlichen und kommunalen Instrumente beantworten – zu denen auch die Polizei zählt. Aber die Polizei als alleiniger Problemlöser, das ist eine obrigkeitstaatliche Phantasie, die außerhalb der geminderten Zu-

rechnungsfähigkeit von Wahlkämpfen in Europa niemand will. Und ganz besonders die Polizei selbst kann diese Zumutung nicht wollen.

Wir haben früher den Politikern vorgehalten, daß sie Wahlversprechen nicht halten würden. Dann haben wir an den Medienwahlkämpfen gelernt, daß diese ein eigenes Genre der Unterhaltung sind, das mit der Politik nachher nicht viel zu tun hat. Heute sind wir so weit, daß wir auf diese Trennung bauen: Wir können nur hoffen, daß aus der geminderten Zurechnungsfähigkeit der populistischen Propaganda keine Taten gesetzt werden. Ein ganzes Jahr Wahlkampf ist freilich eine lange Zeit.

Prof. Dr. Heinz Steinert lehrt Soziologie an der Johann Wolfgang von Goethe-Universität in Frankfurt, leitet das Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie in Wien und ist Mitherausgeber dieser Zeitschrift

Anmerkungen

- 1 Vergl. die sehr anschauliche Schilderung primär aus dem Blickwinkel der Subway-Musiker, aber mit reichlich Informationen auch über die anderen Gruppen und die Geschichte der Kontrollpolitik ihnen allen gegenüber in Susie J. Tannenbaum (1995) *Underground Harmonies: Music and Politics in the Subway of New York*. Ithaka: Cornell University Press.
- 2 Nils Christie (1993) *Crime Control as Industry: Towards GULAGs Western Style?* London: Routledge. Eine kompakte Darstellung dieser Politik und der Statistiken, die sie charakterisieren, bietet neuerdings auch Steven R. Donziger (1996) (ed) *The Real War on Crime: The Report of the National Criminal Justice Commission*. New York: Harper. Vergl. auch den Artikel von Elmar G.M. Weitkamp und Scania Herberger (1995) »Amerikanische Strafrechtspolitik auf dem Weg in die Katastrophe«, in: *Neue Kriminalpolitik* 7(2): S. 16-22.
- 3 Nebenbei hat allein der Einbau von Fenstervergitterungen in New York, wo durch die Bauweise mit den leichten Schiebefenstern und den Feuertreppen traditionell die Wohnungen bis zu den oberen Etagen praktisch offen standen, die Leichtigkeit von Wohnungseinbrüchen entscheidend verringert.
- 4 Für ein Gefängnis-Dorf im mittleren Westen wäre die Schließung des Gefängnisses ohnehin dieselbe Katastrophe wie es seinerzeit die Schließung der Textilfabrik im Fabrik-Dorf Mairenthal war.
- 5 Selbst bei uns muß man mit bis zu 10 % bei den Unterschicht-Männern rechnen, die bis zum Alter von 30 Jahren wenigstens einmal im Gefängnis waren.
- 6 Ich habe mit den Student/inn/en eines Seminars »Deviance and Society«, das ich im Sommer-Semester 1997 an der New York University gehalten habe, »New York crime victim stories« gesammelt und analysiert, in denen sich dieser Befund sehr deutlich empirisch zeigt. Darüber wird an anderer Stelle ausführlicher zu berichten sein.
- 7 Der erste war die Erschießung eines schwarzen Jugendlichen von hinten in Notwehr im April 97, der zweite die rassistische und sadistische Folterung eines Erwachsenen im August 97 – übrigens mit dem Hinweis: We will teach a nigger to respect an officer. This is Giuliani-time, not Dinkins-time. (Berichte auch im »Spiegel«, 29/97, S. 135; 35/97, S. 142 ff.)
- 8 Zwei gut untersuchte Beispiele in New York sind das East Village und die Gegend rund um den Times Square. East Village und Bowery waren viele Jahre eine »no go«-Gegend hispanischer Art, in die der ortsunkundige Fremde sich leicht nachts, aus einem Restaurant oder Jazz-Club des Village kommend, verirrt. Über die sozialarbeiterischen Bemühungen um die Gegend hat uns alle der Film »Green Card« informiert, in dem die grüne Andy MacDowell mit Kindern dort auf einem Trümmergrundstück einen öffentlichen Garten anlegt. (Das East Village ist heute voll von solchen – kaum genutzten – Gärten.) Von den Rändern kommend wurde das East Village sozialarbeiterisch und im Hausbestand saniert und ist heute eine Gegend, in der

sich Professoren mit einer Nase für kommende Wertsteigerungen eine Wohnung kaufen. Die Sanierung der Gegend um den Times Square, lange Jahre ohne schlagenden Erfolg betrieben, hat einen großen Sprung vorwärts gemacht, als der Disney-Konzern sich entschloß, dort ein Musical-Theater zu eröffnen: Er konnte die energischen Maßnahmen zur Schaffung eines angemessenen Umfelds mit Nachdruck verlangen und durchsetzen. Alle rechnen mit einem Schneeball-Effekt dieser Initiative. Wir haben es in beiden Fällen mit einem Zusammenspiel von ökonomischen, sozialarbeiterischen und zuletzt auch polizeilichen »Sanierungen« zu tun. Keine dieser drei hätte es allein geschafft.

Vergl. Janet L. Abu-Lughod et al. (1994) *From Urban Village to East Village: The Battle for New York's Lower East Side*. Oxford: Blackwell; Robert P. McNamara (1995) (ed) *Sex, Scams, and Street Life. The Sociology of New York City's Time Square*. Westport: Praeger; William R. Taylor (1996) (ed) *Inventing Times Square: Commerce and Culture at the Crossroads of the World*, Baltimore: Johns Hopkins University Press; Sharon Zukin (1995) *The Cultures of Cities*. Cambridge, Mass.: Blackwell.

- 9 Ursprünglich war es dafür noch nötig, die Gewerkschaften zu entmachten, wie das Thatcher in der bürgerkriegsähnlichen Auflösung des Bergarbeiterstreiks 1982 tat, inzwischen wird dieses Programm auch von sozialdemokratischen Regierungen unter Einbindung der Gewerkschaft betrieben.
- 10 Insofern stimmt auch die Berufung auf die Wilson/Kelling-Theorie allenfalls so ungefähr. Tatsächlich sorgt die Polizei nach Bratton nicht für die Reparatur eingeschlagener Fenster

und damit die (Wieder)Aneignung entsprechender Orte durch Personen, die sich »zuständig« fühlen, sondern sie bemüht sich um die Festnahme oder Vertreibung von Leuten, die sie für fähig hält, Fensterscheiben einzuschlagen. Der Aufsatz »The police and neighborhood safety: Broken windows« von James Q. Wilson und George L. Kelling, ursprünglich schon 1982 erschienen, kann man in deutscher Übersetzung 1996 nachlesen im *KrimJ* 28(2): S. 121-137, ebenso einen einschlägigen Erfahrungsbericht von Henner Hess, »New York zieht die Lehren aus den zerbrochenen Fensterscheiben« im darauffolgenden Heft des *KrimJ* 28(3): S. 179-190. Als neuerliche (selbst-bejubelnde) Darstellung der »broken windows«-Theorie, aber mit interessanten Fallbeispielen von »community policing« gibt es neuerdings (1996) das Buch von George L. Kelling und Catherine M. Coles, *Fixing Broken Windows*. New York: Free Press.

- 11 David Remnick, »The crime buster«, in: *The New Yorker*, Feb 24, 1997, S. 94-109.
- 12 Das bloße Vertreiben ist bei uns keine so überzeugende Lösung, weil hier die wenigsten Städte so groß und unübersichtlich sind, daß »unordentliche Leute« einfach »verschwinden« würden.
- 13 Vergl. dazu Klaus Boers (1995) »Ravensburg ist nicht Washington«, in: *Neue Kriminalpolitik*, 8(1): S. 16-21; Herbert J. Gans (1995) *The War against the Poor: The Underclass and Antipoverty Policy*. New York: Basic Books; Loic J.D. Wacquant (1997) »Vom wohltätigen zum strafenden Staat: Über den politischen Umgang mit dem Elend in Amerika«, in: *Neue Kriminalpolitik*, 9(2): S. 16-23.

Ullrich Dittler

Computerspiele und Jugendschutz

Neue Anforderungen durch Computerspiele und Internet

Die steigende Verbreitung von Computerspielen hat bereits Mitte der 90er Jahre zu einer intensiven öffentlichen Diskussion geführt. In ihrem Zentrum standen bisher gewaltverherrlichende Spielinhalte und die Frage nach der von diesen Spielwaren und Medien ausgehenden Jugendgefährdung.

Durch die zunehmende Nutzung des Internets als Informations- und Unterhaltungsmedium gewinnt diese Diskussion in den letzten Jahren weitere Brisanz. Es sind nicht mehr nur gewaltverherrlichende, sondern zunehmend auch pornographische und rechtsextremistische Inhalte, auf die seine Nutzer uneingeschränkt zugreifen können.

Vor diesem Hintergrund stellen sich für den Jugendschutz in Deutschland neue Herausforderungen. Der Band stellt die verschiedenen Facetten des Themas dar und zeigt die Problematik auf, die sich aus der derzeit herrschenden Rechtslage ergibt. Der Thematik der pornographischen Inhalte in Online-Diensten und sogenannten Erotik-CDs sowie des CyberSex sind ebenso Kapitel gewidmet wie gewaltverherrlichenden Spielen im Internet. Der Autor ist Lehrbeauftragter der Universität München. Er verfaßte mehrere Bücher über Computerspiele und publiziert regelmäßig in der Zeitschrift Jugend-Medien-Schutz-Report.

1997, 209 S., brosch., 48,- DM, 350,- öS, 44,50 sFr, ISBN 3-7890-4778-3

 **NOMOS Verlagsgesellschaft**
76520 Baden-Baden